

Ehrenwörtliche Erklärung zu den Ausschlusskriterien und den Eignungskriterien

Bezugsnummer des Verfahrens:

Titel des Verfahrens:

[Option 1 für juristische Personen]

Der/Die Unterzeichnete [*Vor- und Nachname des/der Unterzeichneten*], in Vertretung der folgenden juristischen Person:

Vollständige Bezeichnung:

Rechtsform:

Amtliche Registereintragung:

Vollständige Anschrift:

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:

nachstehend als die „**Person**“ bezeichnet

[Option 2 für natürliche Personen]

Der/Die Unterzeichnete [*Vor- und Nachname des/der Unterzeichneten*], Ausweis- oder Passnummer [*Nummer*], in Vertretung seiner/ihrer selbst:

nachstehend als die „**Person**“ bezeichnet

A. EHRENWÖRTLICHE ERKLÄRUNG ZU DEN AUSSCHLUSSKRITERIEN

Die Person muss Teil A der Erklärung (Ehrenwörtliche Erklärung zu den Ausschlusskriterien) nicht ausfüllen, wenn dieselbe Erklärung bereits für die Zwecke eines anderen Gewährungsverfahrens desselben öffentlichen Auftraggebers¹ eingereicht wurde, sofern sich die Situation nicht geändert hat und die Ausstellung der Erklärung nicht länger als ein Jahr zurückliegt.

In diesem Fall erklärt der/die Unterzeichnete, dass die Person dieselbe Erklärung zu den Ausschlusskriterien bereits im Rahmen eines früheren Verfahrens vorgelegt hat, und bestätigt, dass sich ihre Situation seitdem nicht geändert hat:

Datum der Erklärung	Vollständige Angaben zum früheren Verfahren

¹ Dasselbe EU-Organ, dieselbe EU-Einrichtung oder dieselbe sonstige Stelle der EU.

I – AUSSCHLUSSSITUATIONEN IN BEZUG AUF DIE PERSON*(von allen beteiligten Stellen² auszufüllen)*

(1) erklärt hiermit, dass sich die Person in einer der folgenden Situationen befindet:	JA	NEIN
(a) Sie ist zahlungsunfähig oder befindet sich in einem Insolvenzverfahren oder in Liquidation, ihre Vermögenswerte werden von einem Insolvenzverwalter oder Gericht verwaltet, sie befindet sich in einem Vergleichsverfahren, ihre gewerbliche Tätigkeit wurde eingestellt, oder sie befindet sich aufgrund eines nach Unions- oder nationalem Recht vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(b) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine bestandskräftige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass die Person ihren Verpflichtungen zur Entrichtung ihrer Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge gemäß dem anwendbaren Recht nicht nachgekommen ist;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(c) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine bestandskräftige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass die Person im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat aufgrund eines Verstoßes gegen geltende Gesetze, Bestimmungen oder ethische Normen ihres Berufsstandes oder aufgrund jeglicher Form von rechtswidrigem Handeln, das sich auf ihre berufliche Glaubwürdigkeit auswirkt, wenn es vorsätzlich oder grob fahrlässig erfolgt; dazu zählen insbesondere folgende Verhaltensweisen:		
i) bei der Mitteilung der erforderlichen Auskünfte zur Überprüfung des Fehlens von Ausschlussgründen oder der Einhaltung der Förderfähigkeits- oder Eignungskriterien bzw. bei der Erfüllung eines Vertrags oder einer Vereinbarung Abgabe falscher Erklärungen in betrügerischer Absicht oder durch Fahrlässigkeit;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ii) Absprachen mit anderen Personen oder Stellen mit dem Ziel einer Wettbewerbsverzerrung;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
iii) Verstoß gegen die Rechte des geistigen Eigentums;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
iv) Versuch der Einflussnahme auf die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers während des Gewährungsverfahrens;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
v) Versuch, vertrauliche Informationen über das Verfahren zu erhalten, durch die unzulässige Vorteile beim Gewährungsverfahren erlangt werden könnten;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(d) durch eine rechtskräftige Gerichtsentscheidung wurde festgestellt, dass die Person sich einer oder mehrerer der folgenden Straftaten schuldig gemacht hat:		

² Der Begriff „beteiligte Stelle“ bezeichnet jeden Wirtschaftsteilnehmer, der am Teilnahmeantrag/Angebot beteiligt ist. Folgende vier Kategorien von Wirtschaftsteilnehmern sind davon betroffen:

- ✓ Einzelbewerber/ Einzelbieter,
- ✓ Mitglieder der Bietergemeinschaft (einschließlich des federführenden Mitglieds) im Falle eines gemeinsamen Teilnahmeantrags/ gemeinsamen Angebots,
- ✓ benannte Unterauftragnehmer und
- ✓ sonstige Stellen (die keine Unterauftragnehmer sind), deren Kapazitäten der Bewerber/ Bieter in Anspruch nimmt, um die Eignungskriterien zu erfüllen.

i) Betrug im Sinne des Artikels 3 der Richtlinie (EU) 2017/1371 und des Artikels 1 des mit dem Rechtsakt des Rates vom 26. Juli 1995 ausgearbeiteten Übereinkommens über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ii) Bestechung im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2017/1371 oder Bestechung im Sinne des Artikels 3 des mit dem Rechtsakt des Rates vom 26. Mai 1997 ausgearbeiteten Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, oder Handlungen gemäß Artikel 2 Absatz 1 des Rahmenbeschlusses 2003/568/JI des Rates oder Bestechung im Sinne anderen anwendbaren Rechts;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
iii) Verhaltensweisen im Zusammenhang mit einer kriminellen Vereinigung im Sinne des Artikels 2 des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI des Rates;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
iv) Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung im Sinne des Artikels 1 Absätze 3, 4 und 5 der Richtlinie (EU) 2015/849 des Europäischen Parlaments und des Rates;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
v) terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten oder Anstiftung, Beihilfe oder Versuch im Sinne des Artikels 3, des Artikels 14 beziehungsweise des Titels III der Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vi) Kinderarbeit oder andere Straftaten im Zusammenhang mit dem Menschenhandel gemäß Artikel 2 der Richtlinie 2011/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(e) sie hat bei der Erfüllung eines Vertrags oder einer Vereinbarung, die aus dem Unionshaushalt finanziert wurden, erhebliche Mängel bei der Erfüllung der Hauptauflagen erkennen lassen, die eine vorzeitige Beendigung des Vertrags, die Anwendung von pauschalierter Schadenersatz oder anderen Formen von Vertragsstrafen nach sich gezogen haben oder die durch Überprüfungen, Rechnungsprüfungen oder Untersuchungen eines öffentlichen Auftraggebers, des Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) oder des Rechnungshofs aufgedeckt wurden;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(f) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine bestandskräftige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass die Person eine Unregelmäßigkeit im Sinne des Artikels 1 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95 des Rates begangen hat;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(g) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine bestandskräftige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass die Person in einem anderen Hoheitsgebiet eine Stelle eingerichtet hat mit der Absicht, steuerliche, soziale oder rechtliche Verpflichtungen am Ort ihres satzungsmäßigen Sitzes, ihrer Hauptverwaltung oder ihrer Hauptniederlassung zu umgehen;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(h) (<i>nur bei juristischen Personen</i>) durch eine rechtskräftige Gerichts- oder eine bestandskräftige Verwaltungsentscheidung wurde festgestellt, dass die Person mit der unter Buchstabe g genannten Absicht eingerichtet wurde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(2) erklärt hiermit, dass die Person bei den in Nummer 1 Buchstaben c bis h genannten Situationen in Ermangelung einer rechtskräftigen Gerichts- bzw. bestandskräftigen Verwaltungsentscheidung ³ :	JA	NEIN
i. Gegenstand von Sachverhalten ist, die im Zuge von Rechnungsprüfungen oder Untersuchungen der Europäischen Staatsanwaltschaft, des Rechnungshofs oder des Internen Prüfers, oder bei sonstigen, unter der Verantwortung eines Anweisungsbefugten eines Organs, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der EU durchgeführten Überprüfungen, Rechnungsprüfungen oder Kontrollen festgestellt wurden;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ii. Gegenstand von nicht rechtskräftigen Gerichts- bzw. nicht bestandskräftigen Verwaltungsentscheidungen ist, die Disziplinarmaßnahmen umfassen können, die von der für die Prüfung der Einhaltung ethischer Normen des Berufsstandes zuständigen Aufsichtsbehörde ergriffen wurden;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
iii. Gegenstand von Sachverhalten ist, auf die in Beschlüssen von Stellen oder Personen, die mit Vollzugsaufgaben für den EU-Haushalt betraut sind, Bezug genommen wird;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
iv. Gegenstand von Informationen ist, die von Unionsmitgliedstaaten übermitteln wurden;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
v. Gegenstand von Beschlüssen der Kommission in Bezug auf den Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht der Union oder Entscheidungen einer zuständigen nationalen Behörde in Bezug auf den Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht der Union oder gegen nationales Wettbewerbsrecht ist;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vi. auf jedwede Art und Weise darüber unterrichtet wurde, dass sie Gegenstand einer Untersuchung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) ist: entweder weil OLAF ihr die Gelegenheit eingeräumt hat, zu den sie betreffenden Sachverhalten Stellung zu nehmen, oder weil sie im Rahmen einer OLAF-Untersuchung Gegenstand von Vor-Ort-Kontrollen war oder weil sie über die Einleitung, den Abschluss oder einen anderen Umstand im Zusammenhang mit einer OLAF-Untersuchung, deren Gegenstand sie ist, unterrichtet wurde.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

II – AUSSCHLUSSSITUATIONEN IN BEZUG AUF NATÜRLICHE PERSONEN ODER JURISTISCHE PERSONEN MIT VERTRETUNGS-, ENTSCHEIDUNGS- ODER KONTROLLBEFUGNIS ÜBER DIE JURISTISCHE PERSON UND AUF WIRTSCHAFTLICHE EIGENTÜMER

Entfällt, wenn es sich bei der „Person“ um eine natürliche Person, einen Mitgliedstaat oder eine lokale Behörde handelt. In allen anderen Fällen von allen beteiligten Stellen auszufüllen.

(3) erklärt hiermit, dass sich eine natürliche oder juristische Person, die Mitglied des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans der Person ist oder die Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnis über die Person hat (dies betrifft unter anderem Unternehmensleiter, Mitglieder der Führungs- oder Aufsichtsgremien und Fälle, in denen eine natürliche oder	JA	NEIN	Entfällt
---	----	------	----------

³ Die Erklärung in dieser Nummer 2 ist freiwillig und kann keine nachteilige Rechtsfolge für den Wirtschaftsteilnehmer haben, bis die Bedingungen des Artikels 141 Absatz 1 Buchstabe a HO erfüllt sind.

juristische Person die Anteilmehrheit hält), oder ein wirtschaftlicher Eigentümer (im Sinne des Artikels 3 Nummer 6 der Richtlinie (EU) 2015/849) der Person in einer der folgenden Situationen befindet:			
vorgenannte Situation 1c (schwere Verfehlung im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vorgenannte Situation 1d (Betrug, Bestechung oder andere Straftaten)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vorgenannte Situation 1e (erhebliche Mängel bei der Erfüllung eines Vertrags)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vorgenannte Situation 1f (Unregelmäßigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vorgenannte Situation 1g (Einrichtung einer Stelle mit der Absicht, rechtliche Verpflichtungen zu umgehen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vorgenannte Situation 1h (Einrichtung einer Person mit der Absicht, rechtliche Verpflichtungen zu umgehen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

III – AUSSCHLUSSSITUATIONEN IN BEZUG AUF NATÜRLICHE ODER JURISTISCHE PERSONEN, DIE UNBEGRENZT FÜR DIE SCHULDEN DER JURISTISCHEN PERSON HAFTEN

Entfällt, wenn es sich bei der „Person“ um eine natürliche Person, einen Mitgliedstaat, eine lokale Behörde oder eine juristische Person mit beschränkter Haftung handelt. In allen anderen Fällen von allen beteiligten Stellen auszufüllen.

(4) erklärt hiermit, dass sich eine natürliche oder juristische Person, die unbegrenzt für die Schulden der Person haftet, in einer der folgenden Situationen befindet:	JA	NEIN	Entfällt
vorgenannte Situation a (Zahlungsunfähigkeit)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
vorgenannte Situation b (Nichtzahlung der Steuern oder Sozialbeiträge)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

IV – ANDERE GRÜNDE FÜR EINE ABLEHNUNG IN DIESEM VERFAHREN

(vom Einzelbewerber/Einzelbieter oder im Falle eines gemeinsamen Teilnahmeantrags/gemeinsamen Angebots von allen Mitgliedern getrennt auszufüllen)

(5) erklärt hiermit, dass die Person:	JA	NEIN
(a) zuvor an der Erstellung der Auftragsunterlagen für dieses Gewährungsverfahren mitgewirkt hat, soweit dies einen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz – einschließlich der Wettbewerbsverzerrung – darstellt, der auf andere Weise nicht behoben werden kann.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

V – ABHILFEMAßNAHMEN

Wenn die Person erklärt, dass eine der oben angeführten Ausschlussituationen vorliegt, kann sie Abhilfemaßnahmen angeben, die sie zur Behebung der Ausschlussituation getroffen hat,

damit der Anweisungsbefugte feststellen kann, ob diese Maßnahmen ihre Zuverlässigkeit hinreichend unter Beweis stellen. Dazu können beispielsweise technische, organisatorische und personelle Maßnahmen, die zum Ziel haben, ein erneutes Auftreten der Situation zu vermeiden, Schadenersatzforderungen oder die Zahlung von Bußgeldern, Steuern oder Sozialbeiträgen zählen. Der entsprechende Nachweis für die getroffenen Abhilfemaßnahmen ist dieser Erklärung als Anlage beizufügen. Das gilt nicht für die unter Nummer 1 Buchstabe d dieser Erklärung genannten Situationen.

VI – NACHWEISE ZU DEN AUSSCHLUSSKRITERIEN

In den Spezifikationen der Ausschreibung wird ausführlich dargelegt, welche beteiligten Stellen geeignete Nachweise erbringen müssen, um zu belegen, dass sie sich nicht in einer der in Nummer 1 genannten Ausschlusssituationen befinden, und wann die Nachweise erbracht werden müssen.

Folgende Nachweise könnten als geeignete Nachweise dienen:

- Als Nachweis dafür, dass keine der unter Nummer 1 Buchstaben a, c, d, f, g oder h genannten Situationen vorliegt, ist ein Strafregisterauszug neueren Datums oder ersatzweise eine gleichwertige Bescheinigung neueren Datums einer zuständigen Justiz- oder Verwaltungsbehörde des Niederlassungslandes der Person vorzulegen, aus der hervorgeht, dass diese Anforderungen erfüllt sind.
- Als Nachweis dafür, dass keine der unter Nummer 1 Buchstaben a und b genannten Situationen vorliegt, sind von den zuständigen Behörden des Niederlassungslandes ausgestellte Bescheinigungen neueren Datums vorzulegen. Aus diesen Bescheinigungen muss hervorgehen, dass die Person sämtliche von ihr geschuldeten Steuern und Sozialversicherungsbeiträge entrichtet hat, einschließlich Umsatzsteuer, Einkommensteuer (nur bei natürlichen Personen), Körperschaftsteuer (nur bei juristischen Personen) und Sozialversicherungsbeiträgen. In dem Fall, dass eines der oben genannten Dokumente von dem Niederlassungsland nicht ausgestellt wird, kann an dessen Stelle eine vor einer Justizbehörde oder einem Notar abgegebene eidesstattliche Erklärung oder ersatzweise eine vor einer Verwaltungsbehörde oder einer dafür zuständigen Berufsorganisation in dem Land, in dem die Person niedergelassen ist, abgegebene förmliche Erklärung vorlegt werden.

Die Person muss Nachweise nicht vorlegen, die sie bereits im Rahmen eines früheren Gewährungsverfahrens desselben öffentlichen Auftraggebers⁴ eingereicht hat. Die Dokumente müssen an dem Datum, an dem der öffentliche Auftraggeber sie verlangt, noch gültig sein und dürfen nicht mehr als ein Jahr zuvor ausgestellt worden sein.

Der/Die Unterzeichnete erklärt, dass die Person den Nachweis bereits im Rahmen eines früheren Verfahrens vorgelegt hat, und bestätigt, dass sich ihre Situation seitdem nicht geändert hat:

Dokument	Vollständige Angaben zum früheren Verfahren
<i>So viele Zeilen wie nötig einfügen</i>	

Die Person muss den Nachweis nicht vorlegen, wenn er in einer nationalen Datenbank gebührenfrei abgerufen werden kann.

⁴ Dasselbe EU-Organ, dieselbe EU-Einrichtung oder dieselbe sonstige Stelle der EU.

Der/Die Unterzeichnete erklärt, dass der erforderliche Nachweis über die folgende Internetadresse der Datenbank/mit den folgenden Identifizierungsdaten zugänglich ist.

Internetadresse der Datenbank	Identifizierungsdaten des Dokuments
<i>So viele Zeilen wie nötig einfügen.</i>	

B. EHRENWÖRTLICHE ERKLÄRUNG ZU DEN EIGNUNGSKRITERIEN

Bei einem Verfahren mit mehreren Losen gelten die Erklärungen in Teil B für die Lose, für die der Teilnahmeantrag/das Angebot eingereicht wird.

I – EIGNUNGSKRITERIEN

Für den Bewerber/Bieter insgesamt geltende Eignungskriterien – Gesamtbewertung

(NUR vom Einzelbewerber/Einzelbieter oder im Falle eines gemeinsamen Teilnahmeantrags/gemeinsamen Angebots vom federführenden Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen)

Die Person, die ein Einzelbewerber/ein Einzelbieter/das federführende Mitglied der Bietergemeinschaft eines gemeinsamen Teilnahmeantrags/gemeinsamen Angebots ist und einen Teilnahmeantrag/ein Angebot für das oben genannte Verfahren einreicht:

(6) erklärt hiermit, dass der Bewerber/Bieter, einschließlich aller Mitglieder der Bietergemeinschaft im Falle eines gemeinsamen Teilnahmeantrags/gemeinsamen Angebots, der Unterauftragnehmer und der Stellen, deren Kapazitäten der Bewerber/Bieter gegebenenfalls in Anspruch nehmen möchte:	JA	NEIN
(a) alle Eignungskriterien erfüllt, für die eine konsolidierte Bewertung gemäß den Spezifikationen der Ausschreibung vorgenommen wird.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Für die beteiligten Stellen individuell geltende Eignungskriterien – Einzelbewertung

(von den beteiligten Stellen, für die die Eignungskriterien gemäß den Spezifikationen der Ausschreibung jeweils gelten, getrennt auszufüllen)

Die Person, die ein Einzelbewerber/ein Einzelbieter/ein Mitglied der Bietergemeinschaft eines gemeinsamen Teilnahmeantrags/gemeinsamen Angebots/ein Unterauftragnehmer ist und einen Teilnahmeantrag/ein Angebot für das oben genannte Verfahren einreicht/an einem Teilnahmeantrag/einem Angebot für das oben genannte Verfahren beteiligt ist:

(7) erklärt, dass die Person die Eignungskriterien erfüllt, die individuell für sie gelten:	JA	NEIN	Entfällt
(a) sie verfügt über die Rechts- und Geschäftsfähigkeit zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit, um den Vertrag gemäß den Spezifikationen der Ausschreibung zu erfüllen;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(b) sie erfüllt die in den Spezifikationen der Ausschreibung genannten anwendbaren wirtschaftlichen und finanziellen Kriterien;	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
(c) sie erfüllt die in den Spezifikationen der Ausschreibung genannten anwendbaren technischen und beruflichen Kriterien.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

II – EIGNUNGSKRITERIEN – KOLLIDIERENDE BERUFLICHE INTERESSEN*(von allen beteiligten Stellen auszufüllen)*

Die Person, die ein Einzelbewerber/ein Einzelbieter/ein Mitglied der Bietergemeinschaft eines gemeinsamen Teilnahmeantrags/gemeinsamen Angebots/ein Unterauftragnehmer ist und einen Teilnahmeantrag/ein Angebot für das oben genannte Verfahren einreicht/an einem Teilnahmeantrag/einem Angebot für das oben genannte Verfahren beteiligt ist:

(8) erklärt hiermit, dass die Person:	JA	NEIN
(a) Interessenkonflikten ausgesetzt ist, die sich negativ auf die Vertragserfüllung auswirken können.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

III – NACHWEISE ZU DEN EIGNUNGSKRITERIEN

In den Spezifikationen der Ausschreibung ist detailliert festgelegt, welche Nachweise wann und von welcher beteiligten Stelle vorzulegen sind, um nachzuweisen, dass der Bewerber/Bieter die Eignungskriterien erfüllt.

Müssen die Nachweise nicht zusammen mit dem Teilnahmeantrag/Angebot vorgelegt werden, so wird die Person gebeten, die entsprechenden Nachweise im Voraus vorzubereiten, da der öffentliche Auftraggeber verlangen kann, dass diese innerhalb einer kurzen Frist vorgelegt werden.

Die Person muss Nachweise nicht vorlegen, wenn sie diese bereits im Rahmen eines früheren Vergabeverfahrens desselben öffentlichen Auftraggebers⁵ eingereicht hat und wenn diese nach wie vor aktuell sind.

Der/Die Unterzeichnete erklärt, dass die Person den Nachweis bereits im Rahmen eines früheren Verfahrens vorgelegt hat, und bestätigt, dass sich ihre Situation seitdem nicht geändert hat:

Dokument	Vollständige Angaben zum früheren Verfahren
<i>So viele Zeilen wie nötig einfügen</i>	

Die Person muss den Nachweis nicht vorlegen, wenn er in einer nationalen Datenbank gebührenfrei abgerufen werden kann.

Der/Die Unterzeichnete erklärt, dass der erforderliche Nachweis über die folgende Internetadresse der Datenbank/mit den folgenden Identifizierungsdaten zugänglich ist.

Internetadresse der Datenbank	Identifizierungsdaten des Dokuments
<i>So viele Zeilen wie nötig einfügen.</i>	

C. EHRENWÖRTLICHE ERKLÄRUNG ÜBER FESTGESTELLTE SCHULDEN GEGENÜBER DER UNION

⁵ Dasselbe EU-Organ, dieselbe EU-Einrichtung oder dieselbe sonstige Stelle der EU.

(vom Einzelbewerber/Einzelbieter oder im Falle eines gemeinsamen Teilnahmeantrags/gemeinsamen Angebots von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen)

Die Person, die ein Einzelbewerber/ein Einzelbieter/ein Mitglied der Bietergemeinschaft eines gemeinsamen Teilnahmeantrags/gemeinsamen Angebots ist und einen Teilnahmeantrag/ein Angebot für das oben genannte Verfahren einreicht:

(9) erklärt hiermit, dass die Person:	JA	NEIN
(a) eine festgestellte Schuld gegenüber der Union, der Europäischen Atomgemeinschaft oder einer Exekutivagentur hat, soweit Letztere den Unionshaushalt ausführt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

D. EHRENWÖRTLICHE ERKLÄRUNG ZU DEM EINGEREICHTEN ANGEBOT

(vom Einzelbewerber/Einzelbieter oder im Falle eines gemeinsamen Teilnahmeantrags/gemeinsamen Angebots vom federführenden Mitglied der Bietergemeinschaft getrennt auszufüllen)

Bei einem Verfahren mit mehreren Losen gelten die Erklärungen in Teil D für die Lose, für die der Teilnahmeantrag/das Angebot eingereicht wird.

(10) erklärt hiermit, dass die Person:	JA	NEIN
(a) [das eingereichte Angebot völlig unabhängig sowie autonom von anderen Angeboten vorbereitet hat, die im Rahmen desselben Vergabeverfahrens eingereicht wurden] [sich dazu verpflichtet, das Angebot (bei Aufforderung zur Einreichung eines Angebots) völlig unabhängig sowie autonom von anderen Angeboten vorzubereiten, die im Rahmen desselben Vergabeverfahrens eingereicht wurden].	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die Person unterrichtet den öffentlichen Auftraggeber unverzüglich über alle Änderungen der Situationen gemäß der Erklärung.

Die Person kann in diesem Verfahren abgelehnt und verwaltungsrechtlichen Sanktionen (Ausschluss oder finanzielle Sanktionen) unterworfen werden, wenn sich die von ihr abgegebenen Erklärungen bzw. erteilten Auskünfte, die für die Teilnahme an diesem Verfahren verlangt wurden, als falsch erweisen.

Vollständiger Name:

Datum:

(Handschriftliche) Unterschrift: